

HALABJA

15. JAHRESTAG DES GIFTGASTERRORS GEGEN DAS KURDISCHE VOLK

Am 16.3.1988 bombardierte das irakische Saddam-Regime im Rahmen eines breit angelegten Vernichtungskrieges gegen das kurdische Volk die kurdische Stadt Halabja mit Nerven- und Giftgas. Innerhalb weniger Minuten wurden 5 000 Menschen qualvoll ermordet, weitere 7 000 wurden derart schwer verletzt, daß viele von ihnen zwischenzeitlich ebenfalls verstarben. Der Gesundheitszustand der schwer verletzten Überlebenden wird auch gegenwärtig von Tag zu Tag schlechter.

Wir gedenken dieser Menschen, aber auch all derjenigen Zehntausenden, die zwischen April 1987 und Oktober 1988 den zahllosen grausamen und menschenverachtenden Giftgaseinsätzen des faschistischen Regimes Iraks zum Opfer fielen.

Saddam Hussein und seine Schergen wollten mit diesem Terrorakt den Widerstand des kurdischen Volkes gegen die "Arabisierung" und alle Verbrechen, die damit zusammenhingen, niederschlagen. Zu der Strategie der Vernichtung der kurdischen Identität und Existenz gehörten denn auch Vertreibungen, Zwangsdeportationen und Massenhinrichtungen. Zum Beispiel wurden allein 1988 im Zuge der "Anfal-Offensive" circa 300 000 kurdische Frauen, Kinder und Männer "abgeholt", von denen bis heute jede Spur fehlt. Dazu gehörten die Zerstörung von 5 000 kurdischen Dörfern und Kleinstädten, die alljährliche Inbrandsetzung der kurdischen Wälder und Plantagen sowie eben die massiven Giftgaseinsätze überall in Südkurdistan. „Human Rights Watch“ geht von 1 000 000 getöteten Kurden aus.

Während wir an all diese barbarischen Verbrechen zurückdenken, erinnern wir uns außerdem an die Reaktionen, besser: Nicht-Reaktionen der mächtigen so genannten "westlichen zivilisierten Welt". Obwohl die UNO schon 1987 feststellte, dass das irakische Regime verstärkt Giftgas gegen die kurdische Zivilbevölkerung einsetzte, blieb man damals völlig untätig und schwieg. Wenn es darum geht, militärische Stärke gegen Saddam Hussein zu sichern, dann flimmern gelegentlich die Bilder der Giftgasopfer von Halabja über unsere Fernsehbildschirme. Aber eine offizielle Verurteilung der irakischen Giftgaseinsätze seitens des UNO-Sicherheitsrats fehlt bis dato. Bis jetzt gibt es keinen Staat, der diese Massaker offiziell verurteilt hat und auch gab es keine Friedensbewegung, die gegen diesen Völkermord protestiert hat. Für die Solidarität einzelner Personen und Menschenrechtsorganisationen in jener schwierigen Zeit sind wir immer noch sehr dankbar.

Stattdessen werden die Namen der Firmen, die sich durch die Lieferungen von Technik und Know How an den Irak der Beihilfe zum Völkermord schuldig gemacht haben, weitgehend geheim gehalten. Wir wissen nur: führend unter diesen Firmen waren deutsche und zum Teil dieselben Firmen wie damals nahmen kurz nach dem Beenden des Kuwaitkriegs diese schmutzigen, aber lukrativen Geschäfte mit dem faschistischen Irak wieder auf und tätigen sie noch heute (vgl. "Kennzeichen D" vom 18.02.1998). Derzeit sind um die 100 deutsche Firmen bei dem Baath-Regime tätig und treiben dort weiterhin mit Wissen der Bundesregierung ihre schmutzigen Geschäfte (vgl. „report“ – München vom 17.02.2003).

Den Giftgasopfern in Halabja und ganz Südkurdistan hingegen bleibt ausreichende internationale Hilfe verwehrt. Tausende derjenigen Kurden, die die Giftgaseinsätze überlebten, leiden mehr und mehr an schlimmsten Haut-, neurologischen und Krebserkrankungen sowie unter schweren Atemwegserkrankungen und seit 1988 bringen die betroffenen Frauen dort entweder keine Kinder mehr zur Welt oder ausschließlich schwer behinderte.

Während also das irakische Regime wegen dieser Verbrechen nicht belangt wird, treibt es sie weiterhin fort. In den kurdischen Gebieten Kirkuk und Khanakin, die nicht zur Schutzzone der UNO gehören, sondern unter der Kontrolle Saddam Husseins stehen, sind noch immer Arabisierung, Verhaftungen Unschuldiger, Folter, Ermordungen und Vertreibungen an der Tagesordnung.

Nachdem aktuell die Situation zwischen dem Baàth-Regime Iraks und den USA wieder eskaliert ist und ein neuer Krieg auszubrechen droht, treten die Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Russlands und einiger anderer Staaten im Gewand eines Friedensengels auf, wollen diesen Krieg verhindern und vergießen Krokodilstränen für das irakische Volk.

Für uns als Betroffene sind diese Bemühungen unglaublich, solange diese Staaten sich nicht klar gegen das irakische Regime positionieren und für dessen Achtung in allen internationalen Gremien sowie für seine Verurteilung durch ein UN-Tribunal einsetzen, weil:

1. die Industrie dieser Staaten die großen Zulieferer des Regimes mit aller Art von Waffen und mörderischer Ausrüstung waren,
 2. zahlreiche Firmen aus diesen Staaten immer noch im großen Stil mit dem Regime im Geschäft sind, das Baàth-Regime sie mit lukrativen Verträgen und Vorverträgen, insbesondere im Ölsektor, eingebunden hat und der Erhalt des Regimes ihnen großen Profit sichert, weswegen diese Staaten am Status quo, also am Erhalt des Verbrecher-Regime Iraks interessiert sind.
 3. das Regime sowieso permanent einen Krieg gegen das kurdische und das irakische Volk führt und bis jetzt kein Protest seitens dieser Staaten gegen diesen Krieg des Regimes bekannt ist.
 4. sich diese Staaten bis jetzt nicht für die Verbesserung der allgemeinen Lebenssituation der Menschen Iraks eingesetzt haben,
- Auch die Friedensbewegung muss klar Position beziehen und sich von diesem Verbrecherregime distanzieren; sonst nutzen ihre Aktionen dem kurdischen und irakischen Volk gar nichts, im Gegenteil nimmt das Baàth-Regime sie als internationale Solidarität für sich in Anspruch und sieht sich trotz seiner Verbrechen rehabilitiert.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, über eine Alternative nachzudenken und sich für einen freien, demokratischen, föderalistischen und pluralistischen Irak einzusetzen, in dem eine Zivilgesellschaft aufgebaut wird und die Rechte aller Bürger garantiert sind; denn mit dem Saddam-Regime wird es keinen Frieden geben.

Das kurdische Volk in Südkurdistan ist in seiner Existenz bedroht. Die türkischen Herrscher wollen die Gunst der Stunde nutzen, in Südkurdistan (Nord-Irak) einzumarschieren, das wieder Aufgebaute zu zerstören und die erlangte Freiheit in der UNO-Schutzzone dem kurdischen Volk zu rauben. Es ist auch möglich, dass das Saddam-Regime wieder Giftgas gegen das kurdische Volk einsetzt und Iran und

Syrien auch dort mitmischen. Deshalb sagen wir auch: Wenn Sie Frieden wollen, solidarisieren Sie sich mit dem kurdischen Volk und der irakischen Opposition! Das kurdische Volk ist eines der größten Völker des Nahen Ostens (schätzungsweise 40 Mio.). Ihm ist ein Krieg seitens Irak, Iran und der Türkei aufgezwungen, sein Land ist geteilt, besetzt und die meisten Besetzerstaaten leugnen sogar seine Existenz. Ohne eine friedliche Lösung der Kurdenfrage wird es in der Region keinen Frieden geben. Deshalb: Wer Frieden will, muss sich auch für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage einsetzen!

Darüber hinaus fordern wir:

- **MEDIZINISCHE VERSORGUNG DER GIFTGAS-ÜBERLEBENDEN DURCH INTERNATIONAL ANERKANNTE INSTITUTIONEN, Z. B. "WHO" ODER "IRK"**
- **ENTSCHÄDIGUNG DER GIFTGASOPFER DURCH DIE ZULIEFERERSTAATEN**
- **DEN 16. MÄRZ ZUM "INTERNATIONALEN TAG DER ÄCHTUNG DER CHEMIEWAFFEN" ZU ERKLÄREN**
- **VERURTEILUNG UND BESTRAFUNG DES VÖLKERMÖRDERS SADDAM HUSSEIN UND SEINER SCHERGEN DURCH EIN UN-TRIBUNAL UND ÄCHTUNG DES REGIMES DURCH AUSWEISUNG UND EINREISEVERBOT SEINER VERTRETER**